

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 364 19. Juli 2006

12. Jahrgang

Guatemalteckische Wahlspekulationen

In verschiedenen Ländern Lateinamerikas fanden (oder finden) dieses Jahr Wahlen statt. Obwohl Guatemala erst im September 2007 an die Reihe kommt, ist das Thema bereits omnipräsent. Sei es, weil aktuelle politische Themen wie z.B. die Unsicherheit/Gewalt mit wahlpolitischen Absichten ausgeschlachtet werden, sei es, weil der Wahlsieg von Evo Morales in Bolivien die Spekulationen auf eine indigene Präsident(innen)schaft in Guatemala weckten, oder sei es, weil die ersten Regierungsmitglieder von ihren Ämtern zurücktreten, um sich ihrer politischen Karriere zu widmen – es besteht kein Zweifel mehr: Guatemala befindet sich im Wahlkampf.

Eigentlich ist es noch zu früh, um im ¡Fijáte! ernsthaft mit der Berichterstattung über die Wahlkampagne zu beginnen. Trotzdem möchten wir in dem Zusammenhang zwei Tendenzen aufnehmen, die uns für die kommenden Wahl-Diskussionen (aber auch ganz allgemein) interessant erscheinen: Die Frage um die indigene Partizipation und die Gründung einer indigenen Partei und das Erstarken einer (nebst der *Republikanischen Front Guatemalas* - FRG) zweiten Partei, die verspricht, mit Hilfe der „Politik der starken Hand“ der Gewalt ein Ende zu setzten.

Grundlage für den Artikel sind verschiedene Zeitungsmeldungen aus Guatemala und ein Artikel aus *Inforpress Centroamericana* Nr. 1663.

Eine Partei der Indígenas: Der richtige Zeitpunkt?

Am 20. Juni veröffentlichte die Tageszeitung *Prensa Libre* die Ergebnisse einer Meinungsumfrage über die Akzeptanz eines oder einer indigenen Präsidenten/-in: Sieben von zehn GuatemalteckInnen (71%) sehen dies als eine durchaus gangbare Möglichkeit, was in den Medien umgehend eine polemische Diskussion über die Gründung einer von Rigoberta Menchú angeführten indigenen Partei auslöste. Menchú, Friedensnobelpreisträgerin von 1992 und aktuell Botschafterin des guten Willens der Regierung Berger, erklärte gegenüber der Presse, sie sei „absolut bereit, eine Partei anzuführen, denn es fehle an einem politischen Instrument, das den Indígenas zur Macht verhilft“. Die Umsetzung eines solchen politischen Projekts ist jedoch erst auf die Wahlen von 2011 realistisch, da die Frist zum Einschreiben neuer Parteien für die Wahlen 2007 Ende Mai abgelaufen ist.

Vilma Sánchez von der politischen Maya-Frauenorganisation *Molof* teilt die Meinung Menchús. Die Indígenas im Allgemeinen hätten, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, keine adäquate Vertretung auf politischer Ebene, Frauen im Speziellen verfügten eh über keine politische Stimme im gegebenen institutionellen Rahmen: „Es gibt in Guatemala 18 politische Parteien, alle haben Ladino-Männer als Generalsekretäre. Von den 158 Kongressabgeordneten sind bloss 12 Indígenas“, erklärt Sánchez.

In den Medien wird die Möglichkeit einer Indigenen Partei als eine Neuheit präsentiert, doch gab es bereits vor 30 Jahren eine solche Initiative. Im Jahr 1974 wurde die Partei *Patinamit* gegründet, um die Kandidatur von Fernando Tetzhauc Tohon zu unterstützen, und zwei Jahre später gründete sich die *Frente de Integración Nacional* (FIN). In den 70er-Jahren, in denen Rassismus und Gewalt Hand in Hand gingen, wurden jedoch viele Menschen, die solche indigenen Initiativen unterstützten, ermordet.

Und heute? Haben solche Projekte zehn Jahre nach der

Unterzeichnung der Friedensabkommen eine Chance? „Wir sind schon seit längerem bereit für die Gründung einer indigenen Partei, doch wurden uns formale Hindernisse in den Weg gestellt. Und ausserdem fehlte es uns an finanziellen Mitteln“, erklärt Vilma Sánchez. Nicht ganz derselben Meinung ist Rigoberto Quemé Chay, ehemaliger indigener Bürgermeister von Quetzaltenango. Er sieht Schwierigkeiten bei der Gründung einer Partei, deren einzige Gemeinsamkeit die ethnische ist. Allein schon die sozioökonomische Realität der Mayas sei sehr unterschiedlich und heterogen, was sich auch auf ideologische Unterschiedlichkeiten ausdehne. Quemé Chay setzt denn auch mehr auf eine pluralistische Partei, wo sich kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede ergänzen. Dies brachte ihn zur Entscheidung, im nächsten Dezember an den internen Wahlen der aktuellen Regierungspartei GANA teilzunehmen. Quemé Chay, der bisher keine Parteierfahrungen hat, kandidierte er doch damals für ein BürgerInnenkomitee, ist von der Parteileitung der GANA eingeladen worden und sieht in dieser Einladung eine Öffnung der Spielräume für indigene Interessen. Er sei sich der möglichen Gefahren bewusst und rechne damit, dass er der Kooption beschuldigt werde, doch glaube er, dass man nur aus dem Innern eines Systems heraus Veränderungen bewirken kann, erklärte er gegenüber *Inforpress*.

Während der CONIC-Vertreter Rodolfo Pocop genau vor der von Quemé Chay erwähnten Vereinnahmung warnt, sieht der Politologe Carlos Mendoza allein in der Tatsache, dass die GANA die Möglichkeit eines indigenen Kandidaten in Betracht zieht, eine Mentalitätsveränderung und eine vermehrte Akzeptanz der indigenen Bevölkerung als politische Akteurin.

Über die Notwendigkeit, Identitäten zu definieren

Auch wenn noch keine konkreten Vorschläge vorlie-

gen, hat allein die Möglichkeit, dass eine indigenen Partei an den Wahlen von 2011 teilnehmen könnte, alle Arten von Spekulationen geweckt. Zentral in den Diskussionen ist die Frage, ob das Ergebnis der Gründung einer indigenen Partei zu einer Segregation führe, die jegliche Diskussion darüber verhindere, in welcher Weise die Maya-Kosmvision die guatemaltekische Demokratie bereichern könne. In konservativen Kreisen wird allein die Möglichkeit einer solchen Initiative als ausschliessend und „umgekehrter Rassismus“ verurteilt. So hiess es z.B., eine solche Partei würde „unter Erbsünde geboren werden“, denn sie hätte das Ziel, einerseits den existierenden Rassismus zu bekämpfen und wäre andererseits diskriminierend gegenüber allen Nicht-Indígenas.

Aber nicht nur die Konservativen sind gegen eine indigene Partei. Der Maya-Politologe Alvaro Pop spricht sich auch gegen eine Partei aus, die einzig auf der Maya-Identität beruht: „Leider wird immer noch davon ausgegangen, die Maya müssten sich in einer Partei zusammenschliessen, weil sie ausgegrenzt werden. Dies zu tun, würde die Logik der Segregation reproduzieren und weiterführen.“

Vilma Sánchez hingegen sieht genau in der Abgrenzung die Herausforderung: Die mächtigen (Ladino-)Politikern seien nicht bereit, Macht abzugeben, deshalb müssten die Mayas das ihnen per Verfassung zugestandene Recht ergreifen und sich in einer Partei zusammenschliessen.

Der Analytiker Edgar Gutiérrez kann der Gründung einer indigenen Partei durchaus einen „Nutzen für die Demokratie“ abgewinnen, weist aber darauf hin, dass eine auf Ethnizität begründete Partei der marxistischen Ideologie des Klassenkampfes widerspreche. Man sei mit einer Herausforderung konfrontiert, mit der sich in der heutigen Zeit niemand gerne auseinandersetzt: Der Definition der eigenen Identität. „Die Linke scheiterte bei der Integration der ethnischen in die Klassenfrage. Man kann weder sagen, alle Indígenas sind BäuerInnen, also arm, noch kann man sagen, alle Armen sind Indígenas. Wenn wir die Geschichte analysieren, ist es durchaus verständlich, dass die Indígenas sich kulturell abgrenzen mussten, obwohl sie als Volksgruppen die Gesellschaft vertikal (Klasse), horizontal (Ideologie) und sogar territorial durchzogen“, erklärt Gutiérrez.

Der Herausforderung, über parteipolitische Grenzen hinweg eine gemeinsame Position als Indígenas zu definieren, standen die indigenen Regierungsmitglieder im April gegenüber, als sie von den in Sachen Landfrage demonstrieren-

den BäuerInnenorganisationen aufgefordert wurden, sich mit ihnen zu solidarisieren und aus der Regierung zurückzutreten. „Ich fühle mich den protestierenden BäuerInnen gegenüber verpflichtet und bin bereit, im Falle eines Scheiterns des Dialogs von meinem Posten zurückzutreten“, erklärte damals die Leiterin des Nationalen Entschädigungsprogramms für die Opfer des Krieges, Rosalina Tuyuc. Norma Quixtán, Leiterin des Friedenssekretariats, vertrat hingegen die Meinung, die indigenen Regierungsmitglieder könnten die Rolle von VermittlerInnen übernehmen und entschied sich, sich von „innen heraus“ für die indigenen und bäuerlichen Anliegen einzusetzen und das Bild einer „integrativen“ Regierung zu stärken.

Mit eiserner Hand

Ende Mai trat der Kongressabgeordnete der *Patriotischen Partei* (PP), Otto Pérez Molina von seinem Amt zurück, nachdem ihn seine Partei als ihren Präsidentschaftskandidaten für 07 nominiert hatte. Seither führt er eine Kampagne, die ihm zwar bereits Scherereien mit der Wahlbehörde einbrachte, aber offenbar bei der Bevölkerung ankommt: eine Meinungsumfrage der Tageszeitung *el Periódico* platziert ihn nach Alvaro Colóm auf dem zweiten Platz der Rangliste möglicher zukünftiger Präsidenten. Das Erfolgsrezept von Ex-General Pérez Molina heisst, mit eiserner Hand gegen Gewalt vorzugehen, die Methode, mit der in den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts schon Diktatur-General Jorge Ubico versprach, das Land aus dem Chaos und der Unregierbarkeit herauszuholen. Damit macht sich Pérez Molína ein Thema zunutze, das im Moment die ganze Bevölkerung beschäftigt: Die Gewalt, die zunehmenden Morde, deren Ursachen vom „einfachen“ Raub eines Mobiltelefons bis zu politischen Meinungsverschiedenheiten reichen. Die allgemeine Verunsicherung und die offensichtliche Unfähigkeit der aktuellen Regierung, das Problem Gewalt wirksam anzugehen, fördern ein Klima, in dem man gerne bereit ist, das Schicksal des Landes in „eiserne Hände“ zu legen und sich einem militärisch-autoritären Regime unterordnet.

Dass solche „eiserne Hand“- oder „Nulltoleranz“-Methoden vor ein paar Jahrzehnten dazu dienten, als staatsfeindlich deklarierte Menschen ohne Gerichtsurteil und ohne das Recht auf Verteidigung verschwinden zu lassen, ist offenbar im Gedächtnis vieler Menschen nicht mehr präsent. Der Diskurs mit den „Anderen“ (damals waren es die „KommunistInnen“, heute sind es die *maras* und die Drogenhändler) funktioniert bestens. Ein ähnliches Phänomen war bereits in den letzten Wahlgängen

mit der Kandidatur von Ríos Montt bzw. seiner Partei der FRG zu beobachten, die eine ähnliche Flagge schwang und vor allem in Regionen, die während des Krieges unter Repression und Verfolgung litten, einen beträchtlichen Stimmenanteil holte.

Zum Glück gibt es auch andere Stimmen, die davor warnen, das Problem der Gewalt mit Gewalt anzugehen. Marco Antonio Barahona, Berater vom Studienzentrum ASIES, meint zum Beispiel, es brauche nicht einen starken Mann in Militäruniform, sondern eine gemeinsame Zukunftsvision, konkrete (wirtschafts-)politische Aktionen, soziale Reformen und Ressourcen, um Guatemala voranzubringen. Diese Meinung wird von vielen unabhängigen AnalytInnen geteilt.

Direkt angegriffen wurde Pérez Molina auch vom Direktoren des Gefängniswesens, Alejandro Giammettei, der sagte: „Diese Wölfe im Schafspelz, die von sich glauben, die Gurus der Sicherheit zu sein und der Öffentlichkeit versprechen, mit harter Hand durchzugreifen, sind in Wirklichkeit diejenigen, die hinter den Aufständen und Aggressionen der *mareros* in den Gefängnissen stecken“. Auf wen er damit anspielte, war allen klar.

In Anbetracht der Tatsache, dass bereits 18 Monate vor den Wahlen in Guatemala die politisch motivierten Morde zunehmen, muss befürchtet werden, dass das Thema „Gewalt“ ein wichtiges Thema und ein entscheidender Faktor sein wird im Wahlkampf.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html

Tote bei Landkonflikt

Guatemala, 10. Juli. Auf der Finca La Moca, Senahú im Departement Alta Verapaz ist am 7. Juli ein Land- und Arbeitskonflikt - mit dem traurigen Saldo von einem toten Bauern und über 30 zum Teil schwer Verletzten - nicht zu Ende gegangen.

Ein kurzer Rückblick: La Moca wurde Anfang dieses Jahres von ca. 300 ehemaligen ArbeiterInnen besetzt, die von den Fincabesitzern, zwei Brüdern deutscher Abstammung, entlassen worden waren, ohne dass ihnen die entsprechenden Entschädigungen und die ausstehenden Löhne ausbezahlt wurden.

Die vertriebenen LandarbeiterInnen gehören zu 800 Familien, die ihr bisheriges Leben auf der Kaffeeplantage verbracht haben. Das guatemaltekeische Gesetz sieht vor, dass FincaarbeiterInnen, denen vom Patron ein Grundstück und ein Haus für den Eigenbedarf zur Verfügung gestellt wurde, darin wohnen bleiben können, bis ihnen im Fall einer Entlassung sämtliche Lohn- und Entschädigungszahlungen entrichtet werden. Bei ArbeiterInnen, die fast ihr ganzes Leben quasi als Leibeigene auf der Finca verbracht haben, können diese Entschädigungen ziemlich hoch sein. Im Oktober 2005 wurden die Häuser der La Moca-ArbeiterInnen durch den Tropensturm Stan völlig zerstört.

Im November 2005 boten die Fincabesitzer offenbar einigen ArbeiterInnen, denen sie Lohnzahlungen schuldeten, Grundstücke als Gegenleistung an. Dabei gaben sie jedoch weder an, wie viel Land jede Familie erhalten sollte, noch wo die zu übertragenden Grundstücke liegen sollten. Die Landarbeiterfamilien besetzten daraufhin ein zentral gelegenes Stück Land auf der Plantage, um gegen das Vorgehen der Grundbesitzer zu protestieren und Druck auf sie auszuüben, den Konflikt zu lösen. Die Plantagenbesitzer ihrerseits beschuldigten die ehemaligen ArbeiterInnen, das Land illegal zu besetzen, und wollten sie am 1. Februar 2006 von dort vertreiben. Als sie sich weigerten, das Grundstück zu verlassen, gingen Sicherheitskräfte mit Schlägen und Tränengas gegen sie vor. Die behelfsmässigen Unterkünfte der ArbeiterInnen wurden zerstört und zusammen mit dem Hab und Gut der Familien und den Ernteerträgen in Brand gesteckt. Am darauf folgenden Tag kehrten die Familien zurück und errichteten neue Unterkünfte.

Zwei Tage später schossen Wachleute der Plantage auf vier der besetzenden Arbeiter und verletzten sie, als diese Wasser holen wollten. Die Männer wurden ins Krankenhaus gebracht, tauchten aber kurz darauf unter, weil sie fürchteten, festgenommen zu werden.

Am Morgen des 6. April 2006 erschienen etwa 200 Polizisten und 80 Sol-

daten auf dem Gelände der Finca, um die Zwangsräumung vorzunehmen. Die Gespräche und Verhandlungen mit den Besetzenden dauerten bis zum Mittag, dann wurden sie ohne Einsatz von Gewalt von dem Gelände abgeführt. Seither leben sie im Freien an einer Strasse, wo sie keinen Zugang zu sauberem Wasser, Nahrungsmitteln oder Unterkünften haben.

Die Versionen über die Vorgänge vom 7. Juli sind unterschiedlich: Eine lautet, dass die Land- und Geldvergabe an nur einen Teil der Gruppe zu einer Spaltung führte und sie sich gegenseitig bekämpften. Eine andere sagt, die Fincabesitzer hätten einen Teil der Gruppe mit Waffen versorgt und sie zusammen mit ihren privaten Sicherheitskräften losgeschickt, um die anderen anzugreifen. Und eine dritte Version spricht davon, dass am vorletzten Samstag 253 Familien versucht haben, die Finca erneut zu besetzen und mit den Sicherheitskräften der Finqueros und bewaff-

neten Bauern mit Schüssen empfangen wurden. Offizielle Informationen darüber, was genau geschehen ist, liegen noch nicht vor, klar ist aber, dass die Ursache des tödlich endenden Konflikts die Nichteinhaltung der Verpflichtungen der Besitzer ist. Es zeugt aber auch von einem Versagen seitens des Staates, ist der Fall doch schon seit längerem bei den zuständigen Instanzen dargelegt worden.

Gemäss Angaben der Nationalen Koordination der LandarbeiterInnenorganisationen CNOC ist der Tote von La Moca bereits die 18. Person, die im Laufe der Administration Berger umgebracht wurde, weil sie ihre „existentiellen Rechte“ einforderte.

Unterdessen wurde in Alta Verapaz ein Verhandlungstisch einberufen, der das Problem von La Moca angehen soll. Beteiligt daran sind: Frank la Rue und Mariela Aguilar als VertreterIn der Regierung und die beiden (drei?) Konfliktparteien.

Am Agrar-Dialogisch nichts Neues

Guatemala, 13. Juli. Während die Diskussionen an drei der vier Runderntische, die von der Regierung im vergangenen Mai einberufen wurden, nachdem Volks- und BäuerInnenaufstände das Land paralyisierten, in zügigem Tempo voranschreiten, lässt der Dialog um die Ländliche Entwicklung bislang noch keine viel versprechende Zukunft durchschimmern, die hoffen lässt, dass die Regierung ihre Wort einhalten wird.

Die einzigen erreichten Vereinbarungen sind, das Thema der Reaktivierung der ländlichen Wirtschaft wieder aufzunehmen und die Verteilung von Düngemitteln an diejenigen Familien in den 125 Municipien fortzuführen, die im vergangenen Oktober vom Tropensturm Stan betroffen wurden. Die Nationale Indigene und BäuerInnenkoordination CONIC informierte, dass dies vorläufige Vorschläge seien, doch die Regierung habe noch keine Antwort darauf gegeben, auf welche Weise sie ihre Verpflichtungen realisieren will. Einige Organisationen haben bereits angekündigt, wieder zu Protest-Aktionen zu greifen, wenn die Regierung ihre Zusagen nicht erfüllt.

Dieser Zweifel war für die BäuerInneneneinheit CUC einer der Gründe, warum sie sich letztendlich gegen eine Teilnahme an dem Runderntisch entschieden hat. In erster Linie zweifelt sie daran, dass die Regierung im Moment über die finanziellen Mittel verfüge, um neue Verbindlichkeiten ernsthaft eingehen zu können.

Gleich zu Beginn der Sitzungen am

Runderntisch Ländliche Entwicklung hatte Vizepräsident Eduardo Stein die Agrarpolitik der Regierung vorgestellt, die das ehrgeizige Ziel verfolgt, den Zugang zu Land zu erleichtern und auszuweiten, und eine Gewissheit und juristische Sicherheit über das Eigentum und den Besitz von Land zu erreichen, um endlich die Agrarkonflikte in Angriff zu nehmen. Generell sind als Agendapunkte für den Agrarrunderntisch die Themen Produktivität in ländlichen Regionen sowie der Zugang zu Kredit, Technologien, Bildung und Land vorgesehen.

Auch der UnternehmerInnenverband CACIF schloss nach hingezogener Entscheidung nach seine Teilnahme am Runderntisch aus. Sein erstes Argument bezog sich auf die Ablehnung der bestehenden Option, eine Umverteilung von Land mittels Konfiszierung von Brachen in Erwägung zu ziehen. Doch am Ende begründeten sie ihre Zurückweisung, nicht mit Leuten verhandeln zu wollen, die das Gesetz brechen, verurteilt der CACIF doch die Protestaktionen der BäuerInnenorganisationen in Form von Fincabesetzungen, die laut UnternehmerInnen die Rechte der Bevölkerung verletzen und die Investition und Generierung von Arbeitsplätzen abschrecken würde. Daniel Pascual von der CUC hingegen verwies darauf, dass die Haltung des CACIF die Forderung nach Land kriminalisiere und die Akkumulierung desselben verteidige, ungeachtet derer, die vor Hunger stürben, weil sie nicht einmal über ein kleines Stückchen Erde verfügten.

"Normalschulen" unter dem Messer

Guatemala, 14. Juli. Angesichts der zugespitzten Situation zwischen Bildungsministerium (MINDEDUC) auf der einen und LehrerInnenschaft sowie AnwärterInnen auf LehrerInnenstellen auf der anderen Seite, haben Kardinal Quezada Toruño und Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales den Konfliktparteien nun ein Ultimatum von 30 Tagen gestellt, die Konflikte friedlich zu klären. Die beiden Männer fungieren als Ehrenzeugen im Dialog zwischen den Seiten, doch just die Missachtung dieses Rundtisches von Seiten des Ministeriums hat das Fass zum Überlaufen und im ganzen Land die LehramtsstudentInnen auf die Strasse gebracht. Obwohl das Thema der Reformierung der LehrerInnen-ausbildung auf der Tagesordnung der Verhandlungsrunde steht, bislang jedoch nicht angegangen wurde, veröffentlichte das Ministerium letzte Woche überraschend das Dekret 581-2006, mit dem die Ausbildung von Lehrkräften für die Vor- und Grundschule von bislang 3 Jahren auf 4 erhöht werden soll. Vorgesehen ist dabei eine Umstrukturierung zu Gunsten einer Verbesserung der DozentInnen-vorbereitung, schneiden die als LehrerInnen Graduierten bei den Aufnahmetests der Universitäten im Vergleich doch erschreckend schlecht ab; sie sollen gleichzeitig aber für das Unterrichten von GrundschülerInnen befähigt sein. Nun sollen die künftigen LehrerInnen eine zweijährige Allgemeinausbildung genießen, die sie auf dem Niveau eines Fachabiturs in Wissenschaft und Literatur abschliessen und anschliessend zwei Jahr lang in Sachen Pädagogik belehrt werden.

Die Ablehnung der Betroffenen bezieht sich wenig aufs Inhaltliche. Vielmehr erzürnen sich die Studierenden über die Arroganz des Ministeriums – nicht nur trotz gesetzlicher Grundlage – die existierende LehrerInnenschaft völlig aussen vor gehalten zu haben. Dabei handelt es sich doch erstens um eine grundlegende Veränderung des Ausbildungssystems, zweitens, ist in der bereits in den Friedensverträgen verankerten Bildungsreform durchaus von einer Qualifizierung der Lehrausbildung die Rede, diese sollte jedoch gleichzeitig auf einem generell höheren akademischen Niveau stattfinden und nicht einfach die mittlere Niveau-Ausbildung verlängern, drittens, wird mit der Reform für viele Interessierte die Ausbildung nun unerschwinglich sein, reichen doch die finanziellen Kapazitäten der Eltern, für die Professionalisierung ihrer Kinder aufzukommen, in vielen Regionen wenn überhaupt gerade einmal für die bisherigen drei Jahre.

In ganz Guatemala gibt es 219 sog. und traditionsreiche „Normalschulen“ –

eben auf die LehrerInnenausbildung spezialisierte Institute - die unter Präsident Juan José Arévalo (1945-51) gegründet wurden, sowie 3.000 *colegios*, in denen diese Laufbahn angeboten wird. Jährlich schliessen 20.000 LehrerInnen ihre Ausbildung ab, von denen im Schnitt 2.000 eine Stelle in einer Schule finden.

Während landesweit von den LehramtsschülerInnen, oft unterstützt von Lehrkräften, Eltern und sogar Munizipalautoritäten, Strassen blockiert und vor allem in der Hauptstadt Verkehrschaos provoziert, Lehrstätten besetzt und mit weiteren Massnahmen gedroht wird, solange das Ministerium das Dekret nicht zurücknimmt, reagiert das Ressort indes stur und spiegelt wider, dass die getroffene Entscheidung und vor allem die Konsequenzen für die SchülerInnen wenig durchdacht sind, versuchen Ministeriumsangestellte die Protestierenden doch zu beruhigen, dass die, die bereits in der Ausbildung sind, von der Massnahme gar nicht betroffen seien, sondern diese erst ab 2007 in Kraft trete. Dass die jetzigen LehramtsaspirantInnen zum einen solidarisch mit den zukünftigen AnwärterInnen sein könnten und möglicherweise zudem um ihre eigene Deklassifizierung fürchten, scheint den Ministerialen nicht einzuleuchten.

Ein anhaltender Streitpunkt zwischen den Parteien, der auch in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, ist die

Befürchtung der LehrerInnen, dass das Bildungssystem über kurz oder lang privatisiert werden soll, das genannte Dekret wird als weiterer entsprechender Schritt interpretiert.

Ein anderes schon immer heisses „Privatisierungsthema“ sind die selbstverwalteten PRONADE-Schulen, für die lokale Elternkomitees verantwortlich sind und ohne die, laut Ministerin Aceña, 450'000 Mädchen und Jungen in ländlichen Gebieten keinen Zugang zur Schule hätten. Joviel Acevedo, Hauptakteur der LehrerInnenvereinigung ANM, kritisiert derweil, dass die PRONADE-Schulen die reinsten Korruptionsnester seien. Dem Programm stünden mehr als 1 Mrd. Quetzales zur Verfügung, von denen 75% in die Verwaltung flössen und bloss 25% tatsächlich bei den Lernenden ankämen. Besser würde dieses Programm geschlossen und der Etat in die allgemeine Bildungskasse fliessen, um die grundlegenden Notwendigkeiten zu decken. Die Anfang des Monats von Präsident Berger angekündigte Aufstockung des Bildungshaushalts um 800 Mio. Quetzales auf 6 Mrd. für 2007 reichten laut Acevedo lange nicht aus, um wie von der Ministerin angekündigt, ausreichend Textbücher, Schulspeisung und eine Gehaltserhöhung der LehrerInnen zu decken.

Das gestellte Ultimatum wurde von beiden Parteien akzeptiert, der Dialog wieder aufgenommen.

Steuerverlust in Millionenhöhe

Guatemala, 14. Juli. Der guatemaltekischen Staatskasse entgingen jährlich rund 400 Mio. US-\$, welche 700 Unternehmen, die für den Export produzieren, im Schutze des sog. *Maquila*-Gesetzes nicht bezahlen müssen. Dieses Gesetz wurde 1989 verabschiedet, mit der Idee, auf diese Weise ausländische Investoren anzuziehen. Tatsache ist aber, dass heute in erster Linie guatemaltekische Unternehmen davon profitieren. Eine Revision des Gesetzes drängt sich also auf. Das Gesetz müsse natürlich so überarbeitet werden, dass wirklich die Unternehmen Steuern bezahlen, die auch Steuern zahlen müssen und es nicht zu einer „Bestrafung“ derjenigen kommt, die schon immer bezahlen, meinte der Wirtschaftsexperte Pedro Prado.

Das Gesetz definiert als *Maquila* ein Unternehmen, das „Mehrwert generiert durch die Weiterverarbeitung oder das Zusammensetzen von importierten Waren oder Rohmaterial“. Gemäss Carlos Barreda vom Kollektiv der sozialen

Organisationen (COS) sind rund 70% der vom Gesetz begünstigten Betriebe in Wirklichkeit gar keine *Maquilas*, wie zum Beispiel die Likörfabrik Quetzalteca, Kellogg's, Mahler, die Bier-Abfüllfabrik La Mariposa, oder das kanadische Goldunternehmen Montana, das (nicht aufgrund des Steuer- sondern des Mininggesetzes), dem guatemaltekischen Staat ein einziges lächerliches Prozent ihres Gewinnes abgibt.

Im Falle von Montana wurde Ende letzten Jahres vom Vizeminister für Energie und Minen, Jorge García Chiu, ein Antrag ans Finanzministerium gestellt, das Unternehmen von dem begünstigenden *Maquila*-Gesetz auszuschliessen. Noch bevor in dieser Sache ein Entscheid vorliegt, kündigt nun der Geschäftsführer der Montana-Mine Marlin, Milton Saravia, an, dass das Unternehmen zugunsten von Mehreinnahmen für den guatemaltekischen Staat freiwillig auf diese Begünstigungen verzichten würde – ab dem Jahr 2008.

Der General „hatte niemanden, der ihn über die Massaker informierte“

Guatemala, 07. Juli. Der Richter des Spanischen Gerichtshofes, Santiago Pedraz, hat kurz nach seiner Rückkehr aus Guatemala Internationale Haftbefehle gegen den ehemaligen Regierungschef Guatemalas, Efraín Ríos Montt und sieben weitere mutmassliche Verantwortliche für die Verbrechen des Genozids in diesem Land angeordnet. (¡Fijáte! 363) In einem Rechtsentscheid verkündete Pedraz die einstweilige Haftverfügung ohne Kaution der acht Personen, damit diese über Interpol-Spanien festgenommen und an Spanien ausgeliefert werden. Neben Ríos Montt sind dies der ehemalige Regierungschef Oscar Humberto Mejía Vítores, der Ex-Verteidigungsminister Angel Aníbal Guevara, die ehemaligen Chefs der Nationalen Polizei, Pedro García Arredondo und Germán Chupina Barahona, der einstige Chef des Armee-Generalstabs Benedicto Lucas García sowie der ehemalige Präsident Guatemalas Fernando Romeo Lucas. Obwohl dieser im vergangenen Mai in Venezuela gestorben ist (¡Fijáte! 361), wurde er in die Liste aufgenommen, da Spanien keine offizielle Mitteilung über sein Ableben vorliegt. Auch der ehemalige Innenminister Donaldo Álvarez Ruiz ist unter den Gesuchten, nach spanischen Vermutungen sei er zuletzt im US-Bundesstaat Kalifornien gesehen worden.

Der spanische Richter, der Ende Juni mit seiner Equipe nach Guatemala gereist war, um die ersten Anhörungen im Prozess wegen Völkermordes und des Brandes der Spanischen Botschaft 1980 durchzuführen, begründet seine Entscheidung mit der Feststellung eines "klaren, ständigen und freiwilligen Fehlens einer Zusammenarbeit mit der spanischen Justizautorität in der Ermittlung der denunzierten Taten" von Seiten der Belasteten, was dem Richter die Anhörung von diesen und von ZeugInnen unmöglich machte. Dies war den Angeklagten durch eine nicht endende Reihe von Einsprüchen gelungen, die das Rechtsverfahren blockierten.

Nun hat die spanische Staatsanwaltschaft die Festnahmen beantragt, um zu vermeiden, dass die Beschuldigten, gegen die ausreichend Beweismaterial für eine Verurteilung vorliegt, "die Spanische Gerichtsbarkeit weiter an der Nase herumführen". In seiner Resolution ordnet Richter Pedraz zudem die Beschlagnahme aller Güter, die sowohl komplett als auch teilweise auf die Namen der Angeklagten laufen bzw. an denen sie über Strohmänner oder Dritte Anteil haben, sowie aller ebensolcher Bankkonten. Da Guatemala keinen entsprechenden Vertrag mit Spanien unter-

zeichnet hat, beschränken sich die angeordneten Massnahmen, inklusive Haftbefehle, auf das Ausland, somit sind die Männer aber wenigstens in Guatemala eingesperrt und haben keinen Zugriff auf ihre Besitztümer, die sie sich ausserhalb des Landes angeeignet haben.

Die Reaktion der Angeklagten wandelte sich bereits wenige Tage nach Bekanntwerden des Haftbefehls ins Absurde. Während die Drohungen, die bereits im Rahmen des *Tags des Militärs* die sozialen und Menschenrechtsorganisationen einschüchtern sollten, anhalten, berufen sich die Verteidiger der Beschuldigten auf das Dekret 32-88, das im Juli 1988 allen Personen, die politische oder gewöhnliche Verbrechen gegen die Innere Öffentliche Ordnung im Rahmen des Internen bewaffneten Konflikts begangen haben könnten, Amnestie gewährt. Doch – entgegen der Interpretation durch die Verteidiger – schliesst dieses Amnestie-Dekret ebenso wie das *Gesetz der Nationalen Versöhnung*, verabschiedet 1996, die Verbrechen des Genozids, der Folter und des erzwungenen Verschwindenlassens nicht ein.

Weiterhin versuchen die Anwälte der Verdächtigen die Gerichtsbarkeit der Taten durch den Spanischen Gerichtshof in Frage zu stellen. Doch Guatemala war unter der Regierung von Arévalo 1949 eines der ersten Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg die *UNO-Konvention für die Prävention oder Sanktion des Verbrechens des Genozids* unterschrieb, die 1948 von der UNO-Generalversammlung angenommen wurde. Und gemäss der guatemalteckischen Verfassung hat dieses Instrument Vorrang vor der nationalen Verfassung, wenn es sich um Verbrechen gegen Menschenrechte handelt.

Die Konvention definiert klar und deutlich, was mit Genozid gemeint ist: Als solchen versteht man folgende durchgeführte Handlungen mit der Intention, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise auszulöschen: a) das Töten von Mitgliedern der Gruppe, b) eine schwere Verletzung der körperlichen oder seelischen Integrität der Gruppenmitglieder, c) die beabsichtigte Unterwerfung der Gruppe unter Existenzbedingungen, die zur völligen oder teilweisen physischen Zerstörung derselben führen, d) Massnahmen, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen, sowie e) die gewaltsame Umsiedlung von Kindern einer Gruppe in eine andere. Weitere Genozidhandlungen sind die Vereinigung, um die Taten durchzuführen, die direkte und öffentliche Anstif-

tung, der Versuch und die Komplizenschaft. In der Konvention selbst wird gesagt, dass es sich beim Völkermord nicht um ein politisches Verbrechen handelt, eine Amnestie somit per se ausgeschlossen ist.

Der Bericht der Wahrheitskommission CEH schlussfolgert aus den aufgenommenen ZeugInnenberichten von Überlebenden, dass zwischen 1981-83 Völkermordtaten zumindest in den Regionen Huehuetenango, Quiché und Baja Verapaz gegen die Maya-Völker der Q'anjob'al, der Cluj, der Ixil, der K'iché und der Achí begangen wurden

Während sich diejenigen Organisationen der Zivilgesellschaft befriedigt und hoffnungsvoll zu dem Haftbefehl äussern, müssen die Verteidiger der Angeklagten, die in ihrem vollen Recht sind, Einsprüche gegen die Rechtsentscheidung einzulegen, feststellen, dass sie mit dem Verdrehen von gesetzlichen Grundlagen nicht weiter kommen. Also verdächtigen sie nun – laut dem Kolumnisten Sam Colop – den Richter Santiago Pedraz ob Verbindungen mit der ETA. Ein anderer ihrer Schachzüge sieht die Suche nach spanischen StrafrechtlerInnen vor, die zum einen den Haftbefehl neutralisieren, zum anderen Santiago Pedraz der Rechtsbeugung beschuldigen sollen. Da offenbar auch diese Strategie wenig vielversprechend erscheint, haben die Anwälte unterdessen eingestanden, dass ihre Mandanten wohl aussagen könnten – unter der Bedingung, dass dies hinter verschlossenen Türen und ohne Richter Pedraz stattfindet.

Über diesen und dessen Intentionen haben die Advokaten der Beschuldigten eine ganz eigene Sichtweise. So kommentiert der Anwalt von Ex-Verteidigungsminister Guevara, José Toledo: „Pedraz fühlt sich stark, weil er die Rückendeckung von den Organisationen hat, die sich Verteidigerinnen der Menschenrechte nennen, obwohl sie nichts weiter als die alte Guerilla sind.“

Fernando Linares Beltranena, Rechtsvertreter von Mejía Vítores vertritt noch eine andere Theorie: "Pedraz will bloss seine 15 Minuten Ruhm, damit er Verträge bekommt und in Universitäten Vorträge halten kann, so wie es mit dem Richter Baltazar Garzón geschehen ist wegen des Falles von Pinochet."

Ríos Montt selbst, heutiger Generalsekretär der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) setzt mit seiner Version der Geschehnisse dem ganzen die Krone auf. Angelehnt an einen bekannten Titel des Schriftstellers García-Már-

Fortsetzung von S. 5

quez überschreibt die Nachrichtenagentur *Cerigua* ihren entsprechenden Artikel denn auch zynisch: *Der General „hatte niemanden, der ihn über Massaker informierte“*, behauptet der pensionierte General Ríos Montt doch tatsächlich, dass es während seiner Amtszeit wohl zu Ausschreitungen von Seiten des Militärs gekommen sei, wenn keine Befehle von Oben vorgelegen hätten, doch er hätte von dem Ganzen keine Ahnung gehabt. Und im Allgemeinen habe das Militär bloss seine Funktion erfüllt. Dabei stellt die Wahrheitskommission noch fest, dass „während der Periode von Ríos Montt 69% der aussergerichtlichen Hinrichtungen, 41% der sexuellen Vergewaltigungen und 45% der Folterungen der von ihr registrierten Fälle durchgeführt wurden.

In einer Pressekonferenz gab Ríos

Montt bekannt, dass er damals – nach dem Putsch gegen Lucas García – von den Militärs auf den Posten des Staatschefs erhoben wurde und deswegen nicht mitbekam, dass jegliche Art von Verbrechen gegen die Menschenrechte während des Konflikts begangen wurden. Dies aus dem Mund eines Militärs zu hören, der als Präsident zwangsweise wissen musste, dass er die oberste Befehlsgewalt über das Militär hatte und folglich für alle Folgen der von Mitgliedern desselben begangenen Taten die Verantwortung trug, lässt laut dem Kommentar in der Tageszeitung *Prensa Libre* darauf schliessen, dass Ríos Montt anscheinend weder Wissen noch Kontrolle über die Vorkommnisse im Inneren Bewaffneten Konflikt gehabt haben will. „Das ist bedauernswert für seine AnhängerInnen, denn die ihm zugeschriebenen Führerschaft war offenkun-

dig nicht so solide, und man muss hinzufügen, dass sie es im Fall des Chefs der FRG auch nicht gewesen ist“, so der Artikel weiter, „und auf dem rein militärischen Feld können die Worte von Ríos Montt gar als eine Art Desertion oder Verrat gewertet werden“. Bei der Situation, in der er sich derzeit befindet, handelt es sich gemäss dem General um eine politische Verfolgung, die von „den Terroristen, die den Krieg verloren haben“ vorangetrieben wird.

Menschenrechtsorganisationen und die Staatsanwaltschaft beantragen derweil beim Verfassungsgericht (CC), das Schutzurteil zu Gunsten Ríos Montts, das den Prozess gegen die Täter zuletzt zum Liegen gebracht hat, aufzuheben. Die Organisationen ersuchen zudem, dass das CC die rund 24 Amnestievereinbarungen, die die Beschuldigten begünstigten, ebenfalls widerrufe.

Guatemala und sein Drogenkorridor

Guatemala, 06. Juli. Während die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) tagtäglich ihre Schwächen blosslegt, die es ihr erschweren, die Bevölkerung vor dem organisierten Verbrechen zu schützen, gewinnt das Militär Tag um Tag Land in Sachen „Innere Sicherheit“, kauft für diesen Zweck mehr Waffen und schickt ohne Wissen des Innenministeriums ein Kontingent von 400 SoldatInnen in den Westen des Landes, wo sie den Drogenhandel bekämpfen sollen. Dafür wird die lokale Infrastruktur verbessert, um die militärischen Operationen zu Land, Meer und Luft zu ermöglichen, so dass ab dem 15. August in Coatepeque, Quetzaltenango, beispielsweise Flugmaschinen aller Größe landen können.

Derweil mangelt es der PNC an Personal, um Posten diversen Ranges zu besetzen, das organisierte Verbrechen ist infiltriert und die Ausrüstung reicht längst nicht für die tägliche Arbeit.

Die Überraschungsreaktion und Entrüstung von Seiten der zuständigen Autoritäten ob der illegalen Überschreibung von Besitzurkunden über bis zu 11 Fincas an vermutliche Drogenhändler im Departement Petén, und zwar genau im Naturschutzgebiet der *Biósfera Maya*, in der *Laguna del Tigre*, wurde mit dem trockenen Kommentar von Yuri Melini, Leiter der Umweltorganisation CALAS, gleich entblösst: Laut diesem ist die entsprechende Information sowohl der *Registrierbehörde von Eigentum* (RGP), der Staatsanwaltschaft, dem Umweltministerium als auch dem Generalprokurat seit Oktober letzten Jahres bekannt, ohne dass etwas unternommen wurde.

Auch ist bekannt, dass eine der staatlichen Hauptschwächen, die von

den „narcos“ ausgenutzt wird, die mangelnde Registrierung und legale Sicherheit von Immobilien-Besitztümern ist. Mit Leichtigkeit ist es in den genannten elf Fällen offenbar gelungen, mit „Hilfe“ von Angestellten des Landfonds FONTIER-RA die nötigen Papiere zu fälschen, um ehemals staatliches Eigentum, das in legalem Besitz von Privatleuten lag, in die Hände von Anonymen Gesellschaften zu lenken.

Arabella Castro, Leiterin der Registrierbehörde, lamentiert derweil offen, dass viele Leute sich nicht registrierten, um keine Steuern zu zahlen. Das grösste Problem sei, so Castro, dass es keine zuverlässigen Identitätspapiere gäbe. In rund 90% (neunzig Prozent! *die Red.*) der unrechtmässigen Aneignung von Immobilien sind falsche Personalausweise im Spiel.

Die überschriebenen Ländereien liegen überstreich in Grenzregionen zu Mexiko und haben Zugang zum Fluss Usumacinta, dem Grenzfluss, hat sich doch der Hauptverkehr von Drogen im Moment auf die Meeres- und Flusswege verlegt. Gemäss Vizeminister Eduardo Stein ist der Regierung bekannt, dass in den Departements Izabal, Zacapa und Jutiapa, die an El Salvador bzw. Honduras respektive, grenzen, ebenfalls Privateigentümer vom organisierten Verbrechen gezwungen werden, ihre Grundstücke zu verkaufen. Im Petén wird gar die Vermutung gehegt, dass es sich bei den Siedlern, die sich - in einem Nationalpark, in dem eigentlich keine Ansiedlungen erlaubt sind – um Land bemühen, um eine Vorhut der Drogenhändler handelt, an die die Grundstücke dann weiter verkauft werden. Diese werden gerodet und dienen schliesslich als Lan-

depisten für Flugzeuge, die mit Ware auf dem Weg in die USA sind. Seit Anfang des Jahres hat das Militär bereits 19 Pisten im Petén zerstört. Laut Verteidigungsminister Bermúdez gibt es indes 400 registrierte Landebahnen im Land, doch in Wirklich seien es drei- oder viermal so viele.

Nun hat die Regierung eine Spezialekommission geschaffen, der obliegt, die Fincas wieder in Staatsbesitz zu bringen und die näheren Umstände und Drahtzieher zu ermitteln.

Doch eine grundsätzliche Änderung ist in der nächsten Zeit wohl nicht zu erwarten, kündigte der Leiter der Katasterbehörde (RIC), die vor wenigen Monaten ihre Arbeit aufgenommen hat, bereits an, mindestens 15 Jahre für die Katastererhebung im ganzen Land zu benötigen. Und die Erkundung des Geländes beschränkt sich in vielen Fällen – wohl noch für länger – auf Luftaufnahmen, weil die RIC-Angestellten Angst haben, in manche Drogenhochburgen einzudringen und die Gelände vermessen zu wollen. Selbst der Staatsanwaltschaft ist die Existenz von mindestens zwölf Drogenhandelsgruppen im Land bekannt. Doch da der *Anti-Drogenanalyse- und Untersuchungsdienst* SAIA der PNC keine Anzeige erstattet hat, wird nicht ermittelt.

Auch die USA behalten ihr Auge auf Guatemala und legen jetzt Berichte vor, laut denen 80% des in Kolumbien produzierten Kokains Guatemala passiert, das sind rund 150'000 Tonnen jährlich. In Guatemala selbst soll sich das Drogenproduktionszentrum derweil in Tacaná, San Marcos, befinden. Hier seien 1,800 ha an Schlafmohnanpflanzung in Besitz der lokalen Bevölkerung.